

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 24.08.2023, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen.

Tagesordnung

1. Bestellung eines weiteren Schriftführers
Vorlage: 2860/2023
2. Sanierung Sportplatz Gillrath - Beratung und Beschlussfassung über die Entwurfsplanung sowie die weitere Umsetzung der Maßnahme
Vorlage: 2855/2023
3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten in den städtischen Schulen
Vorlage: 2861/2023
4. Bericht über den aktuellen Sachstand zur Umsetzung des Förderprogramms „Stärkungspakt NRW“
Vorlage: 2868/2023
5. Bericht über die aktuelle Situation im Gelobad
Vorlage: 2866/2023
6. Neubau einer Flüchtlingsunterkunft An der Friedensburg; Vergabe von Planungsleistungen
Vorlage: 2867/2023
7. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Hans-Jürgen Benden

Mitglieder

2. Frau Karola Brandt
3. Herr Markus Diederer
4. Herr Christoph Grundmann
5. Frau Christina Hennen
6. Herr Mario Karner
7. Herr Norwin Sommerfeld anwesend bis 18:55 Uhr
8. Herr Lars Speuser
9. Herr Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

10. Frau Marianne Breuer

11. Frau Ruth Bürgens
12. Frau Sina Färber
13. Herr Heinz Pütz
14. Boris Schönfeld
15. Frau Christel Wolter Vertretung für Herrn Uwe Böken

Stellvertretendes Mitglied

16. Herr Michael Cremerius Vertretung für Frau Judith Jung-Deckers
17. Frau Sabine Philippen Vertretung für Herrn Daniel Bani-Shoraka

Sachkundige/r Bürger/in

18. Herr Michael Bähr Vertretung für Herrn Kai Bürschgens
19. Frau Sabine Bock
20. Frau Toska Frohn
21. Frau Elena Gerads
22. Frau Vanessa Hamacher Vertretung für Frau Ruth Thelen
23. Herr Frank Paulus
24. Frau Ursula Rudzki Vertretung für Frau Pauline Kleinen
25. Frau Melanie Savelsberg

von der Verwaltung

26. Frau Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld
27. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
28. Herr Beigeordneter Stephan Scholz
29. Herr Hermann-Josef Lehnen
30. Frau Anja Wallbaum
31. Frau Sonja Frings

Protokollführer

32. Herr Manfred Houben

Gäste

33. Herr Martin Hiller

Es fehlten:

34. Herr Daniel Bani-Shoraka
35. Frau Melanie Candeago
36. Frau Dr. Hildegard Hosterbach
37. Frau Vera Kohns
38. Herr Bernhard Kozikowski
39. Frau Pfarrerin Anne Lungová
40. Frau Annette Maxheim
41. Herr Jürgen Pallaske
42. Herr Sebastian Stasch
43. Frau Johanna Wagemann

Es fehlten:

44. Herr Kai Bürschgens
45. Frau Judith Jung-Deckers
46. Frau Pauline Kleinen
47. Frau Ruth Thelen

Der Ausschussvorsitzende Herr Benden eröffnete um 18:00 Uhr die 14. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur und begrüßte alle Zuhörerinnen und Zuhörer, die Gäste sowie die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest und teilte mit, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen worden sei. Gegen die Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur seien keine Einwände erhoben worden.

TOP 1 Bestellung eines weiteren Schriftführers 2860/2023

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Herr Manfred Houben wird zum weiteren Schriftführer des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 2 Sanierung Sportplatz Gillrath - Beratung und Beschlussfassung über die Entwurfsplanung sowie die weitere Umsetzung der Maßnahme 2855/2023

Beigeordneter Scholz führte kurz in das Thema ein. Er teilte mit, dass die Planung der Sportplatzsanierung in Gillrath nun eine weitere Planung sei, die ebenfalls in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Verein erfolgt sei. Er führte aus, dass es noch eine geringe Chance gebe, evtl. noch Fördermittel aus dem Strukturwandelprogramm Rheinisches Revier zu erhalten. Aus diesem Programm sollten noch ca. 40 Mio. Euro für den Breitensport bereitgestellt werden. Bislang gebe es dazu jedoch noch keine Förderrichtlinien und auch sei nicht absehbar, wann diese erlassen würden. Fraglich sei zudem noch ob eine Sanierung der Sportanlage in Gillrath tatsächlich auch gefördert werde, selbst wenn die Förderkriterien erfüllt würden.

Herr Martin Hiller vom Büro GEO [3] stellte die Entwurfsplanung anhand der beigefügten Präsentation vor.

Herr Grundmann erkundigte sich nach der Möglichkeit eine E-Ladesäule auf dem Parkplatz zu errichten und den Öffnungszeiten des neuen Platzes für die Allgemeinheit.

Beigeordneter Scholz sagte die Verlegung eines Leerrohres zum Parkplatz zu, um später eine Ladesäule errichten zu können.

Herr Speuser sprach sich für eine schnellstmögliche Umsetzung des Umbaus aus, auch ohne Fördermittelzusage.

Herr Weiler erkundigte sich nach dem eingeplanten Rasen für die Anlage. Herr Hiller gab eine Sportrasenmischung (Regio Saatgut) an, welche auch bei den letzten Sanierungen benutzt worden sei.

Herr Pütz erkundigte sich nach der einzuhaltenden Parkplatznorm des Sonderparkplatzes. Die Einhaltung der DIN-Norm wurde zugesagt.

Frau Philippen sprach sich für einen größeren Fahrradparkplatz aus, da viele Kinder mit dem Fahrrad zum Sport kommen würden.

Herr Hiller sagte eine Prüfung des Fahrradparkplatzes zu.

Frau Brandt erkundigte sich nach der Bewässerungsanlage, ob dies auch klimafreundlich arbeite. Herr Hiller antwortete, dass eine Zisterne geplant sei. Sie sei aber trotzdem nur ein Vorlaufbehälter. Sei die Zisterne nicht gefüllt, werde eine notwendige Bewässerung der Anlage über Trinkwasser erfolgen müssen.

Frau Gerads führte aus, dass die Rasenfläche außerhalb der Umzäunung immer für die Allgemeinheit zur Verfügung stünde.

Herr Schönfeld lobte die gute Abstimmung zwischen den Vereinen, Planer und Verwaltung.

Herr Benden erwähnte die konkreten aber moderaten Forderungen der Vereine.

Beschlussvorschlag:

Die vorgestellte Entwurfsplanung wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die weitere Planung zu veranlassen sowie das Ausschreibungsverfahren und die Auftragsvergabe vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt,

TOP 3 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme an außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten in den städtischen Schulen 2861/2023

Frau Hennen und Frau Brandt sprachen sich für eine angepasste Staffelung aus. Sie waren der Meinung, dass die vorgeschlagene Staffelung für die Einkommensgruppe neun (über 110.000,00 €) angepasst werden solle. Hier könnten erhebliche monatliche Beiträge entstehen, wenn ein Kind die Kita und ein weiteres die OGS besuchen würde. Die sei kein Anreiz für besserverdienende Familien nach Geilenkirchen zu ziehen. Darüber hinaus solle man eine Verknüpfung mit den Kindergartenbeiträgen herstellen.

Beigeordneter Brunen führte an, dass man sich mit der vorliegenden Tabelle im mittleren Bereich für die monatlichen Elternbeiträge befinde. Bei der Anwendung einer Verknüpfung mit den Kindergartenbeiträgen gab er zu bedenken, dass die letzten beiden Kindergartenjahre beitragsfrei seien.

Herr Weiler ließ sich bestätigen, dass die vierzig Euro nur für die Betreuung von Kindern in der Zeit von 09:00 – 13:00 € anfallt. Auch werde man nicht die Bruttobezüge als Maß nehmen, da man sein Einkommen gemäß Steuerbescheid angeben könnte.

Frau Philippen gab an, dass man bei der Einkommensbeurteilung die Ergebnisse der Lohn- bzw. Einkommensteuererklärung zugrunde legen würde. Städte wie Aachen, Münster oder Köln erhebe höhere Beiträge.

Frau Savelsberg erwähnte, dass der Mittelstand wegbreche. Die Relationen würden nicht mehr stimmen, gerade bei Familien, die knapp über der Einkommensgrenze von 30.000,00 € lägen.

Der Antrag der Bürgerliste auf Anpassung der höheren Einkommensgruppen wurde mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Der beigefügte Satzungsentwurf wird verabschiedet.

Abstimmungsergebnis:

Dem Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

TOP 4 Bericht über den aktuellen Sachstand zur Umsetzung des Förderprogramms „Stärkungspakt NRW“ 2868/2023

Frau Frings trug den Sachstandsbericht anhand der beiliegenden Präsentation vor.

Frau Brandt ergänzte, dass Sie mehrfach für Betreute tätig geworden sei und dies eine prima Aktion sei.

Abstimmungsergebnis:

Der Sachstandsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 5 Bericht über die aktuelle Situation im Gelobad 2866/2023

Beigeordneter Brunen trug vor, dass man die Bad-Schließungen objektiv betrachten müsse. An 43 Tagen musste das Bad wegen der Revision oder aus technischen Gründen geschlossen bleiben. Lediglich an acht Tagen sei aus personellen Gründen geschlossen worden und an 14 Tagen sei die Öffnungszeit nur eingeschränkt worden. Für den Neubau habe man ein Gutachten der Firma Altenburg erstellen lassen, welches einen Personalbedarf für den Betrieb von fünf Personen vorsehe, tatsächlich beschäftige man acht Personen im Gelobad. Diese Personalausstattung kann aber personelle Ausfälle nur bis zu einer gewissen Anzahl auffangen. Sicherlich sei man mit den Schließungen als Betreiber auch nicht zufrieden. Man habe sich bereits mit dem ATV und der DLRG in Verbindung gesetzt, um Aushilfen für die Wasseraufsicht zu gewinnen. Da die meisten DLRG Mitglieder in Vollzeit berufstätig seien und daher zeitlich sehr eingeschränkt zur Verfügung stünden, was dieses Bemühen bisher erfolglos. Mit Aushilfen für die Wasseraufsicht sind darüber hinaus personelle Ausfälle nicht immer aufzufangen. Arbeiten der Fachkräfte wie z. B. Reinigung, Desinfektion, Überwachung und Bedienung der technischen Anlagen können nicht durch eine Aushilfe für die Wasseraufsicht übernommen werden, Eine Kooperation mit den Nachbarkommunen wäre keine Problemlösung, da man dort ähnliche Probleme hat. Momentan finden im Gelobad personelle Umstrukturierung statt,

in diesem Zusammenhang wird geprüft, wie personelle Ausfälle besser aufgefangen werden können.

Herr Speuser erklärte, dass der Ausschussvorsitzende den Pfad der Neutralität durch die Berichterstattung in der Presse verlassen habe. Er schlage vor, einen Springer zu installieren und diesen auch kostenmäßig mit den Nachbarkommunen zu teilen.

Herr Benden erkläre, er habe die Kritik zur Kenntnis genommen, freue sich aber, dass Herr Speuser seinen dort gemachten Vorschlag einen Springer zu installieren und diesen auch kostenmäßig mit den Nachbarkommunen zu teilen unterstützt.

Frau Savelsberg wünschte sich eine bessere Darstellung in den sozialen Medien. So solle man auf der Startseite über die Schließung informieren.

Auf Nachfrage aus dem Gremium erklärte Beigeordneter Brunen, dass derzeit noch keine Langzeiterkrankung (über sechs Wochen) bestehe. Frau Wallbaum gab auf Nachfrage an, dass es auch im Bereich des Schul- und Vereinsschwimmens zu Einschränkungen gekommen sein könnte. Eine Verschiebung der Öffnungszeit wäre kaum realisierbar, da man in den Vormittagsstunden den Schulsport berücksichtigen müsse.

Herr Grundmann wünschte sich ausgedehnte Öffnungszeit an Samstagen, entsprechend den Öffnungszeiten an Sonntagen.

Herr Pütz sprach die Einsatzmöglichkeit von schwerbehinderten Menschen im Bereich des Bades an.

Frau Hamacher sprach sich für einen finanziellen Anreiz eines möglichen Springers aus.

Herr Weiler äußerte, dass für eine Rufbereitschaft kein finanzieller Anreiz vorgesehen sei.

Herr Benden regte die Möglichkeit an, auf eine Zeitarbeitsfirma zurückzugreifen, wie es in Übach-Palenberg geschehen sei.

Abstimmungsergebnis:

Der Sachstandsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 6 **Neubau einer Flüchtlingsunterkunft An der Friedensburg; Vergabe von Planungsleistungen 2867/2023**

Frau Brandt bat um Prüfung einer kostengünstigeren Lösung. Sie sehe die Notwendigkeit, wies aber auf die Schaffung von mehr Akzeptanz in der Bevölkerung hin.

Beigeordneter Scholz führte aus, dass ursprünglich vorgesehen war, ein baugleiches Gebäude im Bereich der bestehenden Unterkünfte an der Friedensburg zu errichten und man davon ausgegangen sei, dass alle vorhandenen Planunterlagen noch einmal genutzt werden könnten. Insofern stellte sich für die Verwaltung der Vorschlag, ein baugleiches Gebäude zu errichten als preisgünstige Lösung dar. Nach Rücksprache mit dem Jugend- und Sozialamt sei die Verwaltung zu dem Schluss gekommen, dass Wohnraum für Familien dringend gebraucht werde und habe daraufhin eine andere Aufteilung der Wohnflächen im geplanten Gebäude vorgenommen mit der Folge, dass die ursprünglichen Planungen (z. B. Statik, Technische Gebäudeausstattung)

nicht mehr genutzt werden können und neu zu erstellen sind. Bei der Darstellung der Neubaukosten habe man sich am Baukostenindex orientiert und als Sicherheitspolster wegen der ungewissen Situation auf dem Markt noch einen Aufschlag von 30% vorgenommen. Die dargestellten Kosten seien daher auch nur eine grobe Kostenschätzung und die Verwaltung gehe derzeit davon aus, dass diese Kosten bei einem tatsächlichen Neubau nicht erreicht würden. Natürlich seien die geschätzten Kosten sehr hoch. Die Baupreise hätten sich in den letzten Jahren auch massiv gesteigert. Für andere Alternativen müsse man erst ein Grundstück erwerben, dies würde aber zu zusätzlichen Kostensteigerungen führen. Man habe derzeit 100 Wohnungen angemietet. Zur Unterbringung dieser Menschen sei man verpflichtet. Zuweisungen fänden immer noch statt und man benötige weitere Kapazitäten. Der jetzige Standort habe sich etabliert und man könne durch den Neubau an diesem Ort den bestehenden Druck reduzieren.

Herr Speuser sprach sich für eine Bauentscheidung im Umwelt- und Bauausschuss als zuständigen Ausschuss aus. Die Notwendigkeit weiteren Wohnraum zu beschaffen sei unstrittig. Die Betreuung vor Ort bezeichnet er als gut, wünschte sich aber einen anderen Standort, um eine weitere Konzentration dort zu vermeiden. Sollte der Standort weiter ausgebaut werden, müsse man den Personalschlüssel überdenken. Er fragt nach der Planung einer Kindertagesstätte in dem Neubau.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass es sich bei dem Kindergarten nur um eine Alternativplanung handele, falls anderweitig keine zusätzlichen Kindergartenplätze geschaffen werden können. Er ergänzte, dass man auch den Personalschlüssel im Baubereich im Auge halte müsse, wenn alle Bauprojekte der Stadt umgesetzt werden sollen. Am Ende des Jahres stünde im Rahmen der Haushaltsberatungen immer die Frage nach den Personalkosten an.

Herr Pütz sprach sich für eine barrierefreie Ausführung des Neubaus aus.

Frau Philippen verwies auf eine Mitteilung aus dem Landtag, dass die Kommunen ihre Quote zur Aufnahme von Flüchtlingen noch lange nicht erfüllt hätten.

Herr Grundmann sprach sich für die Anpassung des Beschlussvorschlages aus und regte nochmals an, kein Ballungszentrum für Flüchtlinge zu schaffen. Zudem sprach er sich für die Beibehaltung der Betreuungsquote aus.

Herr Benden regte eine Anpassung des Beschlussvorschlages auf schutzbedürftige Menschen an.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss bestätigt den Bedarf zur Schaffung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten für zugewiesene geflüchtete Menschen und empfiehlt dem Umwelt- und Bauausschuss und dem Rat weiter zu planen.

Abstimmungsergebnis:

Dem geänderten Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Herr Grundmann berichtete über Heinsberger Schüler, die das Deutschlandticket erhalten hätten und schlug dies auch für Geilenkirchener Schüler vor.

Beigeordneter Brunen trug vor, dass Vertragsbesprechungen bezüglich der Schülerbeförderung und des Deutschlandtickets mit der West Energie und Verkehr laufen. Schüler die ein Deutschlandticket erhalten, könnten Zusatzleistungen in Anspruch nehmen, die anderen Schülern nicht zugänglich wären. Derzeit habe er noch keinen Lösungsansatz.

Auf Nachfrage erklärte Beigeordneter Scholz, dass der Basketballkorb an der Gesamtschule aufgehängt worden sei.

Herr Brunen informierte auf Nachfrage, dass die Schulbuchbeschaffung wegen der Vergaberichtlinien öffentlich ausgeschrieben worden sei. Da die Angebote wegen der Buchpreisbindung gleich waren, erfolge die Vergabe im Losverfahren.

Er informierte weiterhin, dass die Seniorenbeauftragte Frau Wagemann ihr Mandat niedergelegt habe. Eine Nachfolge werde man mit dem Runden Tisch für Altenarbeit absprechen.

Frau Savelsberg schlug vor, das Schüler ggfls. über Frau Frings (Stärkungspakt NRW) ein Deutschlandticket erhalten könnten.

Bürgermeisterin Ritterfeld berichtete über den Erfolg der Veranstaltungsreihe „Summer in The City“ und lud zur Abschlussveranstaltung am 31.08.2023 ein.

Frau Philippen bat um Kontrolle des Zugangs zum Spielplatz an der Hünshovener Gracht.

Frau Hennen erkundigte sich nach dem Termin für die nächste Spielplatzkommission.

Beigeordneter Scholz teilte mit, dass der Termin noch nicht festgelegt worden sei.

Herr Pütz bat um Beteiligung an der nächsten Spielplatzkommission.

Die Sitzung endete um 20:00 Uhr.

gez.

Hans-Jürgen Benden
Vorsitzender

gez.

Manfred Houben
Schriftführer